

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/50

Bonn, den 12. März 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

Nun hat der Bundestag das Wort 43

Zum Bericht des Bundeskanzlers über die Lage der Nation

2 Kein Pardon für Mao 26

"Weltoffenheit" der DDR läßt sehr zu wünschen übrig

3 - 4 Israel auf dem Wege zur inneren Einheit 72

Auch hier drängt die Jugend nach vorn

Von unserem Korrespondenten in Israel, S. E. Palmon

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Brandt: "Vorwürfe gehen ins Leere"
Handlungsspielraum der deutschen Politik nicht einengen
Mitarbeit an einer Katholischen Denkschrift der Vertriebenen
Vorurteile über Heimatvertriebene abbauen
Zählen müßte man können
Weiterhin für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung
"Je schärfer die Redakteure ins Zeug gingen..."
Soll die Nebenerwerbsbesiedlung abgewürgt werden?
Kapitalknappheit bei den Vertriebenenbetrieben
Heinz Rudolf Fritsché: Zwei Jahrzehnte Rundfunk
in Schlesien

* *

*

Sun hat der Bundestag das Wort

Zum Bericht des Bundeskanzlers über die Lage der Nation

ler - Es mag sein, daß der von Bundeskanzler Kiesinger erstattete Bericht über die Lage der Nation - ein Novum der deutschen Nachkriegszeit und einem sozialdemokratischen Wunsch Rechnung tragend -, nicht alle an ihm geknüpften weitgespannten Erwartungen erfüllte. Viele vermissen in ihm den großen Wurf. Der Bericht über den Zustand unserer Nation im gespaltenen Deutschland ist eben nicht so, daß sich aus ihm Lobeshymnen entlocken oder neue bisher völlig unbekannte Tatbestände entnehmen ließen, obwohl es auch keinen Grund gibt, in tiefen Pessimismus zu verfallen. Weit und breit zeichnet sich kaum ein Weg ab, der baldige Aussicht bietet, die wider ihren Willen gespaltenen Teile unseres Volkes wieder zu einer staatlichen Einheit zusammenzufügen. Das hängt von weltweiten Entwicklungen ab, die wir nur indirekt beeinflussen können.

Eine mißtrauische Umwelt - und über die Wackheit dieses Mißtrauens sollte sich niemand Illusionen hingeben - registriert recht aufmerksam, was die Deutschen zu tun bereit sind, um miteinander ins Reine zu kommen. Die Suche nach einem geregelten Neben- und Miteinander beider Teile Deutschlands bleibt auf der Tagesordnung der deutschen Politik. Niemand enthebt uns der Sorge darüber.

Es ist das Verdienst der Großen Koalition, mit ihren Vorstößen in der Deutschlandpolitik Neuland beschritten zu haben. Sie brachte Mut und Kühnheit auf und sie hat auch das nötige Selbstvertrauen, das anderen Bundesregierungen fehlte. Der Bundeskanzler setzte in seinem Bericht über die Lage der Nation insofern neue Akzente, als er nicht nur in seinem Angebot auf Gewaltverzicht auch den anderen Teil Deutschlands ausdrücklich mit einbezog, sondern auch die Bereitschaft der Bundesregierung bekundete, trotz eines vorhandenen Defizits den Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu steigern. Er lobte und würdigte auch die Leistungen, die die Bevölkerung der DDR unter doch sehr schwierigen Bedingungen auf wirtschaftlichem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet vollbrachte, Leistungen, die unserer g a n z e n Nation zur Ehre und zum Ruhme gereichen. Hier klangen Töne an, die man bei den Vorgängerinnen dieser Regierung vermißte und die nur der überhören kann, der nicht guten Willens ist.

Natürlich konnte Kiesinger in seinem Lagebericht nicht die ganze Weite und Tiefe des Zustandes unserer Nation ausloten. Er hielt sich an nüchterne Fakten, wobei er zeitweilig der Versuchung unterlag, Allgemeingültiges zu wiederholen.

Vielleicht, und das wäre wohl zu hoffen, wird die am Donnerstag zu erfolgende Bundestagsdebatte über die Lage unserer Nation ausfüllen und erhellen, was der Bericht Kiesingers vermissen oder im Dunkeln ließ. Der Bundestag kann, wenn er diese Gelegenheit richtig nutzt, eine große Stunde haben. Die ganze Nation im gespaltenen Deutschland wird Zuhörer sein.

Kein Pardon für Mao

"Weltoffenheit" der DDR läßt sehr zu wünschen übrig

sp = "Weltoffen" - das ist das Wort, mit dem SED-Funktionäre die Atmosphäre der Leipziger Frühjahrsmesse 1968 zu erfassen und darzustellen versucht haben. "Weltoffen" ist das Wort, das dem westlichen Besucher überall begegnet: auf der Messe selbst, in den Straßen, in den Geschäften, im Hotel und an den Grenzstellen. "Weltoffen" ist also, so muß man es doch wohl verstehen, eine Selbstverpflichtung der SED.

Wird man ihr in der DDR gerecht? An der Grenze sicher nicht. Der unworbene Messebesucher wird als potentieller Schmuggler behandelt und muß, nachdem er durch mehrfache Kontrollen gedreht worden ist, unter den kritischen Augen ernstblickender Uniformierter alle Koffer und Wagenfächer öffnen.

Und wenn man gar "Druckschriften" mit sich führen sollte, dann wird die Geschichte garz "heiß". Fachbücher gehen noch durch. Aber schon Kriminalromane landen in irgendeiner "Kiste", aus der man gönnt es ihnen wirklich, der begreifliche Lesehunger der DDR-Grenzwächter gestillt wird.

Aber nicht nur Krimis, sondern auch andere "Druckschriften" verschwinden in dieser Vorrats-"Kiste". So gibt es z.B. keine Gnade für Zeitschriften, die in der Bundesrepublik gemeinhin als "Linksaußen" gelten, etwa für "Pardon" und für "Konkret". Und schließlich fallen auch die "Worte des Vorsitzenden" der Beschlagnahme anheim. Nicht Ulbrichts Worte freilich, sondern die des großen gelben Bruders in Peking. Kein Pardon für Mao also.

Die "Weltoffenheit" ist auch nach Fernost mit Verbotsbretttern vernagelt.

+ + +

Israel auf dem Wege zur inneren Einheit

Auch hier drängt die Jugend nach vorn

Von unserem Korrespondenten in Israel, J. E. Palmon

Die Verschmelzung der drei Parteien Mapai, Achduth Awodah (Linkssozialisten) und Rafi (bisherige Ben Gurion-Gruppe) zur "Arbeitspartei Israels" hat das gesamte innerpolitische Leben in Bewegung gebracht. Die "Arbeitspartei" ist ideologisch nicht aus einem Guß, wie sich schon bei der Vereinigungskonferenz zeigte. Der Führer der Rafi, Schimon Peres, unterstrich den "staatspolitischen Charakter" der neuen Bewegung, während Informationsminister Galili (bisher Achduth Awodah) noch von der Beseitigung des Kapitalismus und dem Klassenkampf sprach. Die Anhänger der Partei sind sich darüber einig, daß sie in ideologischen Fragen Gewissensfreiheit gewähren soll - ähnlich der Labour-Party in Großbritannien. Zugleich sind in der politischen Praxis die Meinungsverschiedenheiten auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Alle sind sich in der Außenpolitik einig, nur in der Wirtschafts- und Lohnpolitik gibt es gewisse Nuancen, die jedoch die Vereinigung nicht behindern.

Die Vereinigung hat auch auf die noch abseitsstehende linkssozialistische Partei Mapam tiefen Eindruck gemacht. Diese Gruppe, die früher einmal auf Anschluß ans kommunistische Lager gehofft hatte, wurde inzwischen desillusioniert, und sie sitzt heute mit der Arbeitspartei in der Regierung. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten in der grundsätzlichen Beurteilung der Gesellschaftsentwicklung, der Wirtschafts- und Lohnpolitik. Aber ein großer Teil der Mapam-Anhänger möchte doch enger mit der Arbeitspartei zusammenarbeiten. Interessanterweise sind die Vereinigungstendenzen gerade in der jungen Generation der Kibbuzim der Mapam sehr stark, die sich nicht an die ideologische Tradition der Alten gebunden fühlt. Die Jungen gehen nicht mehr von den überkommenen sozialistischen Lehren aus, sondern stützen sich auf die neue Wirklichkeit Israels und wollen mit "einem großen Sprung" den Weg in die vereinigte Partei der Arbeit finden. Ihnen steht eine kleine Linksgruppe in der Mapam gegenüber, die weiter an marxistisch-radikalen Grundsätzen festhält, und angesichts dieser Gegensätze will der geistige Führer der Mapam, Meir Jaari, auf der geplanten Landestagung der Partei die Bildung einer "Arbeitsgemeinschaft" mit der vereinigten Arbeitspartei vorschlagen, um so das "geistige Gesicht" der Partei zu wahren. In der Arbeitspartei

haben die Rafi-Anhänger gegen diesen Vorschlag Bedenken, aber die große Mehrheit tritt für die Idee der Arbeitsgemeinschaft ein.

Abseits stehen die beiden kommunistischen Parteien. Die eine, die Maki (ein Mandat im Parlament) bekennt sich zur offiziellen Außenpolitik und betont, daß der Juni-Krieg 1967 ein Verteidigungskrieg war. Demgegenüber billigen die "Neuen Kommunisten" (drei Mandate) die Moskauer Linie. Diese - sich hauptsächlich auf Araber Israels stützende - Partei greift Israels Haltung als imperialistisch an, und der Führer der Partei, Wilner, gab auf einer Reise durch die Ostblockländer mehrfach Interviews (auch im "Neuen Deutschland"), in denen er die israelische Politik heftig verurteilte. Es gab wohl vereinzelte Stimmen, die forderten, die "Neuen Kommunisten" für illegal zu erklären. Die große Mehrheit ist jedoch der Auffassung, daß die israelische Demokratie stark genug ist, um auch eine solche Außenseiterpartei zu ertragen. Die Regierung legt der Tätigkeit der "Neuen Kommunisten" keine Hindernisse in den Weg und sie können Zeitungen in hebräisch und arabisch herausgeben.

Die Vereinigungstendenzen haben auch auf das Lager der bürgerlichen Gruppen übergegriffen. Der aus Cherut und Liberalen bestehende Block "Gachal", zeitweise innerlich zerrissen, wird bei den kommenden Wahlen sicher als Einheitsfront auftreten. Auch bei den drei religiösen Parteien machen sich Fusionstendenzen bemerkbar, und die Aussicht besteht, daß nach einiger Zeit an Stelle der vielen Parteien praktisch drei Blocks - Arbeiter, Bürgerliche und Religiöse - übrigbleiben werden. Diese Entwicklung soll noch dadurch unterstützt werden, daß durch Erhöhung der Mindestquote für ein Parlamentsmandat von ein auf vier Prozent die Neigung zur Zersplitterung bekämpft wird.

Die Arbeitspartei, die nach der Vereinigungskonferenz mit organisatorischen und personellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, geht jetzt an den Aufbau ihres Partei-Apparats. Israels früherer Außenminister Golda Meir, die bisher Generalsekretärin in der Mapei war, wird für eine Übergangszeit auch das Sekretariat der vereinigten Partei leiten. In diesem wird auch der frühere Vize-Verteidigungsminister Schimon Peres (Rafi) eine führende Rolle spielen.

Das eigentliche Gesicht der Partei wird erst auf der ersten Parteitagung (aufgrund allgemeiner Wahlen der Mitglieder) festgelegt werden. Die bisherigen Rafi-Anhänger, die sich in erster Linie auf jüngere Elemente stützen, hoffen, daß sie zusammen mit den "Jungen" der anderen bisherigen Parteien die Führerschaft der neuen Partei ganz wesentlich verändern können.